



Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle, Andreas Lorenz, Dr. Franz Rieger, Martin Schöffel, Sylvia Stierstorfer, Karl Straub, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann CSU**

Girokonto für alle

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über den Sachstand zur Umsetzung der Zahlungskontenrichtlinie 2014/92/EU zu berichten, die den Anspruch auf Zugang zu einem Zahlungskonto regelt und die bis 18. September 2016 in deutsches Recht umgesetzt werden muss.

Dabei ist insbesondere auch darauf einzugehen, wie aufgrund dieser Richtlinie Personen, die sich einer Identitätsfeststellung entziehen, behandelt werden sollen.

Begründung:

Nachdem die freiwillige Selbstverpflichtung einiger Banken nicht dazu geführt hat, dass jeder Bürger und jede Bürgerin einen Zugang zu einem Girokonto hat, welches oft die entscheidende Möglichkeit ist für Arbeitsplatz, Teilhabe am Wohnungsmarkt uvm., hat die EU-Kommission eine entsprechende Richtlinie auf den Weg gebracht, die bis zum 18. September 2016 eine entsprechende Umsetzung verlangt.

Seitens der Banken wird mit großer Sorge gesehen, dass eine Vielzahl von Migranten sich auf deutschem Gebiet aufhalten, die bewusst eine Identitätsfeststellung verhindern.

Deshalb sollte geklärt werden, ob auch diese unter die entsprechende Richtlinie fallen.